

## K4 Solidarität sichern

Antragsteller\*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

### Antragstext

#### 1 Solidarität sichern

Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben. So stark unser Streben nach individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr brauchen wir auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu entfalten. Das gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für NRW nicht neu, hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um eine neue Politik, die aus dem “Wir” Wirklichkeit macht.

Ein solidarisches und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind, keine Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von der eigenen Arbeit leben und eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem jede\*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind. Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei krank werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit gilt für alle gleichermaßen.

Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger\*innen ist es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie stark für ihre Bürger\*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln, damit NRW in die Zukunft investiert.

#### Wir arbeiten entschlossen gegen Armut

Armut spürbar reduzieren

Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-

42 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der  
43 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen  
44 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir  
45 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten  
46 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in  
47 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur  
48 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.  
49 Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren  
50 Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir  
51 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

#### 52 Pakt gegen Kinderarmut

53 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu  
54 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund\*innen nicht nach Hause zum Essen  
55 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein  
56 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig  
57 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden  
58 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu  
59 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen  
60 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit  
61 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher\*innen, Lehrer\*innen,  
62 Ärzt\*innen, Sozialpädagog\*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den  
63 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Die Mittel aus dem Bildungs- und  
64 Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu  
65 kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle  
66 spielt. Solange diese Mittel nicht von einer Kindergrundsicherung abgelöst sind,  
67 sorgen wir dafür, dass sie bei den Kindern auch ankommen. Die Stadt Hamm zum  
68 Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung  
69 vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern. Wir  
70 stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und  
71 schaffen so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

72 Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut betroffen sind  
73 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht  
74 jede\*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.  
75 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in  
76 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung  
77 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also  
78 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre  
79 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die mit multiprofessionellen  
80 Teams Jugendliche ganzheitlich beraten und bei ihren vielfältigen „Baustellen“  
81 vom Ausbildungsplatz bis zur Wohnungssuche unterstützen. In den Jugendhäusern  
82 sollen aber auch junge Volljährige beraten werden, die derzeit noch aus dem  
83 Raster fallen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir  
84 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die  
85 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

86 Schuldner\*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen optimieren  
87 Wir optimieren die Schuldner\*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen  
88 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage  
89 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen  
90 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem  
91 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der

92 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der  
93 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die  
94 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die  
95 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen  
96 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide  
97 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen und werden die Trennung  
98 schnellstmöglich beenden, so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht.  
99 Die Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte  
100 Mittel sein. Stattdessen ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden.  
101 Dazu tragen auch und gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder  
102 Arbeitsagenturen bei. Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung  
103 dieser Gläubigergruppen kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss  
104 auf die Gläubiger hat, ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen,  
105 Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem  
106 Qualitätsstandards für die Arbeit der Schuldner- und  
107 Verbraucherinsolvenzberatung.

## 108 Wir machen Wohnungspolitik für alle

109 Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW  
110 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.  
111 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den  
112 Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten  
113 Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die  
114 Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns  
115 entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu  
116 verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen  
117 Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und  
118 preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei,  
119 Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen  
120 dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach  
121 sozialen, städtebaulichen, ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben  
122 werden. Wir bevorzugen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte  
123 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen  
124 und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Neue Wohnungen  
125 sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um  
126 Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent  
127 gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Auch stärken wir die  
128 Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder  
129 klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen  
130 und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

## 131 Nachbarschaften für alle Generationen

132 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich  
133 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne  
134 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu  
135 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit  
136 Beeinträchtigungen finden Unterstützung, Beratung und Versorgungssicherheit.  
137 Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume. Plätze und  
138 Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen,  
139 Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte

140 –auch für ehemals wohnungslose Personen –werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für  
 141 alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.  
 142 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein  
 143 einheitliches Förderprogramm “Quartier inklusiv”, dass die verschiedenen  
 144 Bereiche umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and  
 145 communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten  
 146 wollen, werden dabei unterstützt. Wir fördern den Einsatz von technischen und  
 147 digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen  
 148 Lots\*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations-und  
 149 Informationstechnologien zu nutzen.

150 Landesinitiative “Mehr Platz zum Spielen”  
 151 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb  
 152 der Wohnung mit Freund\*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball  
 153 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit  
 154 unserem Förderprogramm “Mehr Platz zum Spielen” können Kommunen bereits  
 155 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz-oder Skateplätze) im öffentlichen  
 156 Raum erhalten und ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre  
 157 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.  
 158 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss  
 159 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie  
 160 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

161 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit  
 162 Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren  
 163 Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den  
 164 sozialen Wohnungsbau und erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem  
 165 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.  
 166 Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.  
 167 Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose  
 168 gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen,  
 169 Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus  
 170 unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von  
 171 Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser  
 172 familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz “Housing first”  
 173 bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie  
 174 “Trainingswohnen”, in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden  
 175 persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren  
 176 und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz  
 177 Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für  
 178 Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen “Housingfirst” in ganz NRW  
 179 ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen  
 180 dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

181 Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne

182 Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken  
 183 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir  
 184 unterstützen Langzeitarbeitslose und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen  
 185 über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder  
 186 Fuß fassen können. Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu  
 187 stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine

188 staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe.  
189 Menschen mit Behinderungen haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden als  
190 Menschen mit der gleichen Qualifikation ohne Behinderungen. Wir streben einen  
191 inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne  
192 Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire  
193 Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Wir machen die Erfüllung der  
194 gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen  
195 Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig senken wir die  
196 Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe erhalten  
197 Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber\*innen mit Behinderung  
198 ‚zuschneiden‘ können. Außerdem erleichtern wir die Rahmenbedingungen für  
199 „Inklusionsbetriebe“. Das sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die  
200 zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Für Personen,  
201 die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll die  
202 Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die  
203 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

204 Faire Arbeitsbedingungen stärken  
205 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die  
206 Betonbauer\*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und  
207 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen  
208 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch  
209 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend  
210 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte  
211 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt  
212 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der  
213 Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner\*innen werden wir nicht weiter  
214 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-  
215 Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer\*innen, die auf den Feldern  
216 und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz  
217 durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen.  
218 Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein.

219 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation  
220 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,  
221 familien- und pflegefreundlich zu werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut  
222 und das Recht auf Homeoffice unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“  
223 können die Mitarbeiter\*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer  
224 eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen.  
225 Wir unterstützen die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst  
226 voran, indem wir sie für Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die  
227 Arbeitszeit in allen Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter\*innen  
228 zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und  
229 Studium in Teilzeit erleichtern wir.

## 230 Wir investieren in Gesundheit und Pflege

231 Gesundheitsprävention stärken  
232 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend  
233 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem  
234 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und  
235 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Immer mehr Menschen sind einsam und

236 werden dadurch krank. Wir bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten  
237 Kampagne, die Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und mit der frühen  
238 Vermittlung von Kompetenzen zur psychischen Gesundheit einhergeht. Die  
239 Klimakrise ist eine Herausforderung für die Gesundheit der Menschen. Das Klima  
240 zu schützen und die Städte an den Klimawandel anzupassen, bedeutet auch, unsere  
241 Gesundheit zu schützen.

242 Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für Gesundheitsregionen  
243 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute  
244 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient\*innen. Gerade in  
245 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung  
246 durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden  
247 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute  
248 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits-und  
249 Pflegezentren errichten. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen Bereichen  
250 Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es  
251 Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen,  
252 dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen nicht  
253 mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient\*innen im Notfall oder  
254 bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen  
255 können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle  
256 spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen. Für planbare, komplexere  
257 Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine  
258 durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Wir planen  
259 die Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit  
260 ambulanten Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten  
261 oder Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter  
262 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt.

263 Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken  
264 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) führt Schuleingangsuntersuchungen durch,  
265 bietet Impfungen an und ist verantwortlich für den Infektionsschutz. Die  
266 Mitarbeitenden überwachen die Qualität des Trinkwassers, beraten zu  
267 Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-Pandemie ist  
268 besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet aber unter  
269 langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und Personalmangel.  
270 Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den ÖGD an und  
271 etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal. Wir stärken  
272 die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit, so dass es Standards und  
273 Verfahren etwa in der Pandemiebekämpfung für die Gesundheitsämter bietet. Wir  
274 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und  
275 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch  
276 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und  
277 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und  
278 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie  
279 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention  
280 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

281 Psychische Gesundheit verbessern  
282 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise  
283 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit  
284 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und  
285 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des

286 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale  
287 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung  
288 zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.  
289 Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen  
290 Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir  
291 stärken die Ausbildung von Psychotherapeut\*innen und lehnen Rasterpsychotherapie  
292 ab.

293 Für eine inklusive Gesundheitsversorgung  
294 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die  
295 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.  
296 Viele Geflüchtete, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte sind nicht  
297 krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall gehört jedoch  
298 zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die Kommunen dabei  
299 unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern und den  
300 „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“ flächendeckend  
301 aus. Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit  
302 Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir einen ressortübergreifenden  
303 Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut. Wir machen verbindliche  
304 Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und sorgen für mehr  
305 Flexibilität und Patient\*innenorientierung bei Therapie- und  
306 Heilmittelversorgung.

307 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung fördern  
308 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen  
309 „Normkörper“ ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht  
310 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere  
311 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil  
312 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann  
313 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien  
314 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die  
315 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten  
316 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die  
317 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem  
318 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet  
319 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in  
320 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die  
321 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das  
322 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um  
323 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich  
324 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah  
325 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas  
326 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

327 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen  
328 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele  
329 Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am  
330 Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen  
331 erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit  
332 der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten.  
333 Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil  
334 der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus  
335 entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die

336 Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend  
337 vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte,  
338 verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW  
339 verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die  
340 Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die  
341 Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften,  
342 Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

343 Drogen-und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung  
344 Eine moderne Drogen-und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen  
345 Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und  
346 Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist  
347 aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf  
348 dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden  
349 bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies  
350 zulassen, werden wir in NRW wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur  
351 kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument\*innen unterstützen.  
352 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von  
353 denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. So begegnen wir den rechtlichen  
354 Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit  
355 Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass  
356 Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die  
357 Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

358 Wir haushalten verantwortungsbewusst und investieren in  
359 unsere Zukunft

360 Verantwortungsbewusst haushalten  
361 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur  
362 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger\*innen umzugehen, eine moderne und  
363 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die  
364 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu  
365 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-  
366 Ziel gemessen werden.  
367 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche  
368 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine  
369 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein  
370 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der  
371 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für  
372 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres  
373 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in  
374 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten  
375 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese  
376 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten  
377 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2023 die Bewältigung der  
378 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern  
379 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die  
380 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die  
381 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen  
382 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um  
383 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Die Anlagen des



Landes, wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin  
konsequentauf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

#### Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden. Die  
öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven Investitionsstau,  
besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener Kraft nicht  
bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur  
von morgen: bei den Schulen, der Digitalisierung, der Mobilitätsswende, beim  
Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen. Diese  
Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und ihnen  
Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die  
verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der  
Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des  
Landeshaushalts schaffen.

#### Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel  
verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und –vom  
Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk –in die kommunale Infrastruktur,  
investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die  
Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Auch die Steuerausfälle aus der  
Corona-Krisemüssen solidarisch ausgeglichen werden.  
Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue  
Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen  
die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die  
lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung  
dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe  
definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.  
Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen  
sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse  
für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,  
damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.  
Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv  
macht.

#### Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen

Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100  
Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für  
gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug  
entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung  
ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,  
dass Meldestellen, nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert  
werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die  
besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

#### Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen

Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische  
Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um  
diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.  
Das sind in NRW nicht nur die Kohlereviere, sondern sämtliche Regionen, in denen  
CO<sub>2</sub>-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen

433 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: DieGelder der EU sind nicht  
434 dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen  
435 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen  
436 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.  
437 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch  
438 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung  
439 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.